



PAIN POUR LE PROCHAIN ACTION DE CARÊME

BROT FÜR ALLE FASTENOPFER

PANE PER TUTTI SACRIFICIO QUARESIMALE

Wirtschaft und Menschenrechte:

Das nicht eingelöste Versprechen der Entwicklung für alle

Die neoliberale Politik nach dem Friedensvertrag von 1996 hat für die meisten Guatemaltekinen und Guatemalteken nicht die erhofften Resultate gebracht. Dies gilt insbesondere für Leute mit wenig Geld. Laut dem Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2016, ist Guatemala das einzige Land in Lateinamerika, das zwischen 2003 und 2013 einen Anstieg der Armut erlebte. Konkret gab es in dieser Periode einen Zuwachs von 3 Millionen Menschen, die mit weniger als 4 Dollar pro Tag überleben müssen.¹ Gleichzeitig verkleinerte sich die ohnehin schon unbedeutende Mittelschicht und machte 2013 bloss noch 9% der Gesamtbevölkerung aus.

In Guatemala gibt es zudem ein krasses Armutsgefälle zwischen der wohlhabenderen Stadtbevölkerung und der praktisch mittellosen Landbevölkerung. Dies deckt sich weitgehend mit der ethnischen Zugehörigkeit: Laut dem 2018 erschienenen Bericht der UN-Sonderberichterstatteerin für die Rechte indigener Völker, leben ungefähr 80% der indigenen Bevölkerung Guatemalas in Armut, die Hälfte davon in extremer Armut.² Bei der nicht-indigenen Bevölkerung hingegen sind 46% von Armut betroffen. Diese Ungleichheit kommt nicht von ungefähr. Es wird angenommen, dass weniger als ein Drittel der öffentlichen Ausgaben den Indigenen zu Gute kommt, obwohl diese laut Schätzungen mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen. Beinahe 70% der Indigenen arbeiten im informellen Sektor, verfügen also über keinerlei sozialstaatliche Absicherung. In gewissen Gebieten gibt es denn auch so gut wie keine wirtschaftliche Entwicklung und der Staat ist praktisch nicht präsent.

Es entsteht leicht der Eindruck, dass der Staat nur dann auftaucht, wenn es etwas zu holen gibt. Die Ausbeutung von Bodenschätzen hat oft dramatische Folgen für die lokale Bevölkerung, welche in ihrer subsistenzwirtschaftlichen Lebensweise von den natürlichen Ressourcen abhängt. Entsprechend ist sie direkt von verschmutzten Flüssen betroffen, oder von wasserintensiven Monokulturen, welche das Grundwasser verkonsumieren. So überrascht es nicht, dass viele der mittelgrossen und grossen Projekte im Energie- oder Rohstoffsektor für erheblichen sozialen Zündstoff sorgen. Die zwar fragmentierte, aber stark mobilisierte Zivilgesellschaft, hat schon eine gewisse Erfahrung in der kritischen Beobachtung solcher «Entwicklungsprojekte» und konnte einige erfolgreich verhindern oder für unbestimmte Zeit sistieren. Oft lehnt die Lokalbevölkerung solche Projekte vor allem deshalb ab, weil sie erfahrungsgemäss nicht davon profitiert. Ein Beispiel dafür ist das

¹ PNUD (2016), *Informe Regional sobre el Desarrollo Humano para América Latina y el Caribe, Progreso multidimensional: bienestar más allá del ingreso*. http://desarrollohumano.org.gt/wp-content/uploads/2016/04/UNDP_RBLAC_IDH2016Final.pdf (19.02.2020).

² UN-Sonderberichterstatteerin über die Rechte indigener Völker, Victoria Tauli-Corpuz (2018), *Informe de la Relatora Especial sobre los derechos de los pueblos indígenas sobre su visita a Guatemala*. <http://unsr.vtaulicorpuz.org/site/images/docs/country/2018-guatemala-a-hrc-39-17-add3-sp.pdf> (19.02.2020).

Departamento Alta Verapaz, wo sich das grösste Wasserkraftwerk des Landes befindet und dennoch viele Dörfer bis heute nicht ans Elektrizitätsnetz angeschlossen sind.

Wer sich für die Anliegen der Lokalbevölkerung einsetzt und gegen die Implementierung solcher Megaprojekte kämpft, setzt sich erheblichen Gefahren aus. Im Jahr 2019 wurden 15 Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger ermordet, weitere fünf kamen nur knapp mit dem Leben davon.³ Insgesamt registrierte die Menschenrechtsorganisation UDEFEGUA 462 Angriffe auf Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger im letzten Jahr; 320 dieser Angriffe gingen von staatlichen Akteuren aus. Immer öfter wird versucht, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft durch verschiedene Strategien der Kriminalisierung mundtot zu machen. Dazu gehören neben Verleumdungskampagnen auch rechtliche Klagen. Auch wenn die Gerichtsverfahren meist mit einem Freispruch enden, weil gar kein Straftatbestand vorgelegen hat, haben sie doch sozial und finanziell gravierende Folgen. Weil Häftlinge in Guatemala ihren Lebensunterhalt selber finanzieren müssen, kann das Leben in einem guatemaltekischen Gefängnis sehr teuer werden. Zudem bringt der Ausfall eines Einkommens oder einer Arbeitskraft während der Untersuchungshaft manche Familie in finanzielle Nöte und führt in vielen Fällen in die Verschuldung.

Frauen sind in Guatemala besonders grossen Gefahren ausgesetzt. Im Jahr 2018 wurden 307 Femizide (das heisst Morde an Frauen aufgrund ihres Geschlechts) verübt.⁴ Opfer sind oft Frauen, die sich nicht dem vorherrschenden Machismo unterordnen wollen. Entsprechend sind Menschenrechtsverteidigerinnen, die gegen den politischen Status quo und die tradierten Rollenbilder in der Gesellschaft ankämpfen, ständig in Gefahr.

Text und Recherche: Michael Kohli, *Brot für alle*, Februar 2020

³ UDEFEGUA (2020), *Agresiones a Personas Defensoras de DD.HH.*
<https://www.facebook.com/UDEFEGUA/photos/a.886659838065391/2780859558645400/?type=3&theater> (19.02.2020).

⁴ CIDH (2019), *Informe anual 2018 de la CIDH.*
<http://www.oas.org/es/cidh/docs/anual/2018/docs/IA2018cap.5GU-es.pdf> (19.02.2019).